Was verdienst du, Kollege?

Ministerin Manuela Schwesig will ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen beenden – durch mehr Transparenz VON ELISABETH NIEJAHR

Fotos: Anatol Kotte/laif (Ausschnitt, l.); Bodo Marks/dpa/picture-alliance; Quelle Zahl: Eurostat

Wählt die kleine Lösung für ein großes Problem: Ministerin Manuela Schwesig

Als kürzlich in Los Angeles die Oscars verliehen wurden, verbreitete sich über Twitter blitzschnell ein kurzer Film, der eine hemmungslos begeisterte Meryl Streep zeigte. Ihre Kollegin Patricia Arquette stand auf der Bühne und zog darüber her, dass Schauspielerinnen in Hollywood oft weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen. Streep sprang auf und schleuderte ihren rechten Arm mit ausgestrecktem Zeigefinger in die Luft. Auch Jennifer Lopez blieb nicht auf ihrem Stuhl. Die Bilder gingen um die Welt und erinnerten das Massenpublikum an eines der wichtigsten Anliegen der Frauenpolitiker: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, und zwar unabhängig vom Geschlecht.

In Deutschland will jetzt Frauenministerin Manuela Schwesig die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern per Gesetz verkleinern. Einige ihrer Ideen hat die SPD-Politikerin vergangene Woche in einem Gespräch mit Vertretern von Gewerkschaften und Arbeitgebern vorgetragen. Was bisher bekannt wurde, steht auch schon im Koalitionsvertrag und hat daher gute Chancen, tatsächlich von der Regierung umgesetzt zu werden. Unternehmen mit mindestens 500 Mitarbeitern müssen demnach in einem Bericht darstellen, wie es um die Bezahlung der Geschlechter in ihrem Unternehmen steht. Das soll den Beschäftigten helfen, die eigene Lage besser einzuschätzen und sich notfalls vor Gericht zu wehren. Die Arbeitnehmer sollen mit dem Gesetz einen Anspruch auf Informationen über das Gehaltsgefüge im Unternehmen bekommen – allerdings keine Auskünfte über konkrete einzelne Kollegen. Abgesehen davon werden die Betriebe »aufgefordert«, so der Koalitionsvertrag, ungerechte Einkommensunterschiede zu verringern.

21,6
Prozent
verdienten Frauen 2013 in Deutschland weniger als Männer (EU-28-Durchschnitt = 16,4)

Die Regierung plant damit eine kleine Lösung für ein großes Problem. Der durchschnittliche Lohn pro geleisteter Arbeitsstunde liegt hierzulande für Männer knapp 22 Prozent über dem Durchschnittslohn für Frauen. Der Unterschied ist deutlich größer als beispielsweise in Großbritannien, Frankreich, Italien oder Belgien. »Jede zweite Frau in Deutschland wird bei der Bezahlung diskriminiert«, schätzt Karin Tondorf, Soziologin und Beraterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Die ungleiche Bezahlung gleicher Arbeitsleistung ist schon heute rechtswidrig. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz legt nicht nur das Prinzip »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« fest, es schreibt auch vor, dass Arbeitgeber einen Beschäftigten besserstellen müssen, auch nachträglich, wenn er eine Diskriminierung nachweisen kann. Das gelingt allerdings nur selten. Außerdem kennen nur wenige Arbeitnehmer dieses Recht. Doch seit im vergangenen Sommer eine Frau aus einem Industriebetrieb vor Gericht erreichte, dass ihr Arbeitgeber rückwirkend den Lohnunterschied zu einem männlichen Kollegen nachzahlen musste und sie darüber hinaus eine Entschädigung für die Diskriminierung bekam, befürchten Arbeitgebervertreter eine Klagewelle. Die neuen Transparenzregeln würden diese Klagen erleichtern.

Fast noch mehr Sorgen als das neue Gesetz macht den Arbeitgebern eine öffentliche Debatte über Gehaltsunterschiede. Eine Zeit lang sah es nämlich so aus, als ließe sich die Kritik der Frauenverbände entkräften. Arbeitgebernahe Einrichtungen wie das Institut der deutschen Wirtschaft rechneten vor, dass der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern schrumpfe, wenn einberechnet werde, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten und weniger Berufserfahrung mitbringen als Männer.

Experten wie die Soziologin Tondorf akzeptieren solche Rechnungen nicht. Es gehe nicht darum, die Lebensleistung oder Anstrengung von Männern und Frauen zu honorieren. Stattdessen müsse gleichwertige Arbeit gleich behandelt werden. »Wenn eine Akademikerin an der Kasse eines Kaufhauses sitzt, wird sie nicht für ihre Ausbildung, sondern für ihre aktuelle Tätigkeit bezahlt«, sagt Tondorf. Dabei solle es bleiben.

Ein Teil des Unterschiedes in der Bezahlung von Männern und Frauen lässt sich darauf zurückführen, dass Frauen ihren Beruf oft nach der Geburt von Kindern hintanstellen oder schlechter bezahlte Berufe anstreben. Auch daran wollen Frauenpolitiker rütteln. Muss es eigentlich so sein, fragen sie, dass Pflege und Erziehung anderer Menschen vergleichsweise schlecht honoriert wird? Müsste nicht der Staat beispielsweise seine Erzieherinnen in Kindergärten oder Pflegekräfte in staatlichen Krankenhäusern viel besser stellen? Schwesigs Staatssekretär Ralf Kleindiek illustriert das Problem gern an einem Beispiel: Altenpflegerinnen, die schmutzige Wäsche von Betten abzögen, bekämen keine Erschwerniszulage, wohl aber die Fahrer, die anschließend die Wäsche transportierten.

Wollte der Staat daran etwas ändern, müsste er Arbeit bewerten. Schweden hat damit Erfahrung. Die Regierung hat dort 2009 eine Behörde mit neunzig Mitarbeitern gegründet, die untersucht, welche Arbeit als gleichwertig gelten kann. Beschäftigte können sich an diese Ombudsstelle wenden. Zudem müssen Unternehmen mit mehr als 25 Mitarbeitern alle drei Jahre einen detaillierten Entgeltgleichheitsplan erstellen.

Undenkbar für Deutschland? Vorerst schon. In Schweden wird offener über Gehälter gesprochen als hierzulande, und Gleichstellungspolitik für Männer und Frauen wird selbstverständlicher akzeptiert. Schwesig will den Widerstand aber als Antrieb nutzen. In der Frauenpolitik sei Kritik oft eine Hilfe, sagte sie vergangene Woche munter bei einem SPD-Empfang zum Internationalen Frauentag. »Nur so bekommt ein Thema Aufmerksamkeit – und fliegt.« Kommende Woche reist sie nach Amerika, wo sie Hillary Clinton treffen will. Eines der Themen wird dann sein: ungleiche Löhne.

Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/gleichberechtigung

Fortsetzung von S. 21

Europa ist schöner ...

nicht schön, wenn es da jemanden gäbe, der einmal ansetzte zu einer Rede, zu ein bisschen Erhabenheit, sagen wir: »Vor 58 Jahren gründeten unsere Väter auf diesem Kontinent eine neue Union, begründet in Freiheit und dem Grundsatz gewidmet, dass alle Menschen gleich geschaffen sind. Nun erleben wir eine große Finanzkrise, die eine Probe dafür ist, ob diese oder jede andere so begründete und solchen Grundsätzen geweihte Union Bestand haben kann – auf dass diese Union eine Wiedergeburt ihrer Gründungsidee erleben möge.«

Nun war der alte Lincoln natürlich wie alle amerikanischen Präsidenten ein großer Prediger der an Predigern reichen amerikanischen Zivilreligion. Das mag in Europa so nicht funktionieren. Es fehlt sicher auch an geeigneten Rednern.

Doch lernen können wir sehr wohl von Lincoln: Er intellektualisierte die Tage des Gemetzels und verdichtete sie zu abstrakten Idealen, die es zu verteidigen galt. Er sprach nicht von Feinden, sondern davon, dass auch die Südstaaten Teil des gleichen nationalen Experiments seien. »Er hat Abstand genommen von unordentlichen Kabbeleien über Verfassungsmäßigkeit, Partikularismus, Eigentum und Staaten«, schreibt Garry Wills in seinem wunderbaren Buch *Lincoln at Gettysburg. The Words that Remade America*. In Europa erleben wir das Gegenteil: Eine große Idee zergeht gerade in Kabbeleien über Rettungsschirme mit irritierenden Namen.

Die Euro-Sitzungsmarathon-Führung hat die politische Führung durch Träume verdrängt. Dabei hat dieses Europa doch einen einst naiv anmutenden Traum Wirklichkeit werden lassen: Frieden nach dem Zweiten Weltkrieg. Für viele Menschen hat es diese erhabene Bedeutung aber verloren.

Bedeutung also. Der Bürgerkrieg, so schreibt Wills, *ist* heute für die meisten Amerikaner, was Lincoln wollte, dass er *bedeutet*. Dem Präsidenten ist es nämlich gelungen, mit seiner Rede den Kampf um die *Interpretation* der Schlacht von Gettysburg zu gewinnen. Europas Politiker können von ihm lernen, indem sie den Diskurs über die Euro-Krise einmal abseits der Fragen um die Währungsrettung mit neuen Fragen eröffnen: *Bedeutet* die Euro-Krise wirklich ein Ende der Europäischen Union? Oder *bedeutet* sie vielleicht etwas ganz anderes, vielleicht einen Neubeginn? Sie könnten das tun, was Wills mit Bezug auf den Präsidenten so formuliert: »Lincoln revolutionierte die Revolution, indem er den Menschen eine neue Vergangenheit gab, mit der sie lebten, die ihre Zukunft unendlich verändern würde.«

Der Söderismus und der Varoufakismus kämpfen ja bis heute um die Interpretation der Vergangenheit. Die einen sagen, dass die Griechen beim Beitritt zum Euro mit den Zahlen geschummelt, die anderen, dass die reichen Länder sie in die Schulden getrieben haben. Ein rettendes Narrativ muss wie Lincolns Rede weit hinter diese Kleinigkeiten zurückreichen und die Idee Europas als Friedensgemeinschaft neu beleben. In Anbetracht der russischen Aggression im Osten des Kontinents gibt es dafür allen Grund.

Dieses Narrativ muss den Griechen bedeuten: Ob ihr im Euro bleibt oder nicht, wir sind eine Gemeinschaft, und wir werden füreinander einstehen – weil wir es wollen, nicht weil wir es unter dem Druck der Euro-Rettung müssen. Wir teilen doch eine viel längere Geschichte als diese paar Jahre Währungsunion!

Aus dieser heilsamen Distanz gilt es, nach vorne zu schauen, auch ins Klein-Klein der Euro-Krise. Es gibt verschiedene Optionen für jene Staaten, die weiter mitmachen beim Euro. Erstens: einen immerwährenden Krisenmodus aus Gipfeln und Rettungspaketen und gegenseitigen Erpressungsvorwürfen von Schuldner- und Gläubigerländern – was niemand wollen kann. Zweitens: Es halten sich tatsächlich alle Staaten an die geltenden Regeln zu Staatsschulden und Haushalten – was unrealistisch ist. Und drittens: Mehr Macht und Demokratie auf europäischer Ebene plus gemeinsame Steuern und Haushaltsregeln der Euro-Staaten.

Staaten, die nicht Teil einer solchen Lösung sein wollen, müssen die Möglichkeit haben, den Euro zu verlassen, ohne dass damit Europa als politische Gemeinschaft zerbricht. Ein Austritt würde natürlich mit hohen ökonomischen Kosten einhergehen, die kaum absehbar sind, das ist schon wahr. Zur Wahrheit gehört aber auch: Ob mit oder ohne Euro, die reichen Staaten werden für die ärmeren zahlen, wenn nicht über Euro-Rettungspakete, dann über Struktur- und andere Fonds.

Doch heute fließt all die gegenseitige Hilfe zwischen Staaten, so die öffentliche Wahrnehmung, nur um des Euro und der Finanzmärkte willen als Ergebnis obskurer nächtlicher Notfallsitzungen. Das schadet Europas demokratischer Legitimation. In Deutschland vertrauen einer Umfrage des italienischen Meinungsforschungsinstituts Demos & pi von Mitte Januar zufolge ohnehin nur 53,4 Prozent der Bevölkerung den EU-Institutionen – und in anderen Ländern sieht es noch trostloser aus. Frankreich, Spanien, Polen: gut 40 Prozent. Italien: knapp 30 Prozent.

Die Debatte über Finanzhilfen muss zurück aus den Nachtsitzungen in die nationalen Parlamente – und, wenn die Völker das wollen, auch in das Europaparlament. Andernfalls wird die Europäische Union durch den laufenden Druck, den Euro zu retten, zu einer Zwangsgemeinschaft verkommen. Das ist nicht nur undemokratisch, es wird auch unappetitlichen politischen Kräften am rechten Rand mehr Auftrieb geben als jetzt schon. Die AfD in Deutschland ist nur ein Beispiel für Parteien, die ihre fremdenfeindlichen Reflexe, unter dem Gewand der Euro-Kritik versteckt, in die Parlamente tragen.

Es wird Zeit, dass sich das ändert. Angela Merkel kann den diskursiven Boden nicht bereiten, weil jeder laut vorgebrachte Gedanke zu europäischen Optionen ohne Euro Spekulanten auf das Ende der Währung wetten ließe. Weniger mächtige Staaten können solche Diskussionen sehr wohl befördern. Es wäre ihre Chance, Führung zu übernehmen, nachdem die griechische Regierung ihren transformationalen Anspruch lieber in halbstarke Deutschland-Beschimpfung verwandelt hat.

Europa und der Euro sind nicht ein und dasselbe, und Europa scheitert auch nicht mit der gemeinsamen Währung – zumindest noch nicht. Das wird erst der Fall sein, wenn wir aus Angst keine alternativen Ideen denken, auf die sich die Union bauen lässt, sodass uns nur die Vorschläge der wohlwollenden Experten von den Finanzmärkten bleiben.

Natürlich sollten wir viel tun, um den Euro zu bewahren. Vor allem aber sollten wir Sorge tragen, dass Lincoln recht behält, »dass die Regierung des Volkes, vom Volk und für das Volk nicht verschwinden möge von der Erde«.

www.zeit.de/audio

MACHER UND MÄRKTE

Deutsche-Bank-Chef Fitschen muss vor Gericht

Ein alter Streit holt den 66-jährigen Topmanager ein

Bis zu zehn Jahre Haft – diese Strafe droht **Jürgen Fitschen,** Co-Chef der **Deutschen Bank** und als Präsident des **Bundesverbands deutscher Banken** auch oberster Lobbyist seiner Zunft. Schon bald muss sich der 66-Jährige wegen des Vorwurfs »eines versuchten Betrugs in einem besonders schweren Fall« verantworten. Am Montag ließ das **Landgericht München** die 627 Seiten dicke Anklage der Staatsanwaltschaft zu. Beginnen soll der Prozess am 28. April. Angesetzt sind 13 Verhandlungstage bis August, aber es ist möglich, dass sich alles noch länger hinzieht.

Es wird einer der spektakulärsten Strafprozesse der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Neben Fitschen müssen auch seine Vorgänger **Josef Ackermann** und **Rolf-Ernst Breuer** vor Gericht erscheinen, also alle Vorstandsvorsitzenden, die Deutschlands größte Bank in den vergangenen 18 Jahren geführt haben – sieht man mal von Fitschens Partner **Anshu Jain** ab. Ebenfalls angeklagt sind zwei weitere Ex-Manager der Bank; ihnen wirft die Staatsanwaltschaft zusätzlich »falsche uneidliche Aussage« vor.

Alle Vorwürfe wurzeln in einem Rechtsstreit um die Insolvenz von Leo Kirchs Medienkonzern im Jahr 2002. Kirchs Lager beschuldigte die Bank, maßgeblich zum Kollaps beigetragen zu haben. Es kam zu einem Zivilprozess, in dem mehrere Manager nach Absprache gelogen haben sollen, um das Gericht zu täuschen und die Bank vor Schadensersatzansprüchen zu bewahren. Und Fitschen, so die Staatsanwälte, habe nichts getan, »um den falschen Vortrag zu korrigieren«. Er selbst sagte einmal: »Ich habe weder gelogen noch betrogen« – sichtlich entschlossen, seinen Vertrag bis 2017 zu erfüllen. Die Bank hält öffentlich an der Unschuldsvermutung fest.

In einem zweiten Verfahren, in dem Fitschen zu den Verdächtigen zählt, bleibt offen, ob eine Anklage droht. Seit Jahren ermittelt die **Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt** wegen des Verdachts der schweren Steuerhinterziehung in Verbindung mit dem Handel von Emissionsrechten. Dabei kam es Ende 2012 zu einer Großrazzia in der Deutschen Bank. »Die Ermittlungen dauern nach wie vor an«, sagte ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft der *ZEIT.* Die Sichtung der Daten nehme »viel Zeit in Anspruch«, da seien die seit der Razzia verstrichenen zwei Jahre »eher eine kurze Zeitspanne«. Immerhin: Alle aktuell 26 beschuldigten Bankmitarbeiter hätten bereits »rechtliches Gehör« gehabt. Das kann allerdings von der Akteneinsicht über eine Stellungnahme des Verteidigers bis hin zur Vernehmung vieles bedeuten. Wann die Ermittlungen abgeschlossen werden könnten, sei völlig unklar, so der Sprecher. »Wir sind im Landeanflug begriffen, aber ich habe schon Vögel gesehen, die standen auf dem Rollfeld – und sind dann wieder abgehoben.« STO

Zahl der Auszubildenden sinkt

522 000
neue Azubis gab es 2014 – so wenige wie lange nicht mehr

In Deutschland gab es im vergangenen Jahr so wenige Azubis wie noch nie seit der Wiedervereinigung – das geht laut dem *Handelsblatt* aus dem **Berufsbildungsbericht** der Bundesregierung hervor, der im April erscheint. 522 000 junge Menschen begannen demnach 2014 eine Berufsausbildung – gut ein Fünftel weniger als 2007. Insgesamt bildet in Deutschland nur noch jedes fünfte Unternehmen aus, vor allem kleineren Firmen fällt es schwer, Auszubildende zu finden. Ursache für die schwindende Zahl an Azubis ist der Rückgang der Schulabgänger, von denen sich viele für ein Studium und gegen eine Lehre entscheiden. Gleichzeitig gibt es Zehntausende junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden. Laut dem Bericht der Bundesregierung blieben 2014 mehr als 80 000 Menschen ohne Lehrstelle. CAL

M+M